

14506/AB XXIV. GP

Eingelangt am 22.07.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Landesverteidigung und Sport

Anfragebeantwortung



MAG. GERALD KLUG

BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT

S91143/53-PMVD/2013

19. Juli 2013

Frau
Präsidentin des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Tadler, Kolleginnen und Kollegen haben am 22. Mai 2013 unter der Nr. 14808/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012" gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 und 3:

Es wurde grundsätzlich der gesamte Normenbestand im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport geprüft. Änderungsbedarf wurde bei jenen Gesetzesbestimmungen gesehen, die auch Teil des Begutachtungsentwurfes betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz 2001, das Heeresdisziplinargesetz 2002, das Heeresgebührengegesetz 2001, das Auslandseinsatzgesetz 2001, das Militärbefugnisgesetz, das Sperrgebietsgesetz 2002, das Munitionlagergesetz 2003, das Militärauszeichnungsgesetz 2002, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz sowie das Truppenaufenthaltsgesetz geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Begleitgesetz-Wehrrecht – VwGBG-W), waren.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

Diesbezüglich wird auf die Homepage des Parlaments, wo auch die im Begutachtungsverfahren abgegebenen Stellungnahmen abrufbar sind, verwiesen.

Zu 2:

Die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA) wurde – unter Einbindung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen im Rahmen des Begutachtungsverfahrens – von meinem Ressort erstellt.

Zu 4:

Die Anregungen wurden in die Regierungsvorlage, die ebenfalls auf der Website des Parlaments abrufbar ist, eingearbeitet.